

Stand: 24.04.2024 21:48:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14733

"Maßnahmenpaket gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Schwarzgeld"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/14733 vom 14.11.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 14.11.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15553 des HA vom 31.01.2013
4. Beschluss des Plenums 16/15787 vom 21.02.2013
5. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 21.02.2013

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmар Halbleib, Inge Aures, Susann Biedefeld, Harald Güller, Natascha Kohnen, Franz Maget, Christa Naab, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert** und **Fraktion (SPD)**

Maßnahmenpaket gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Schwarzgeld

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch vor Weihnachten dem Landtag ein schriftliches Maßnahmenpaket gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Schwarzgeld vorzulegen, das einen konkreten Zeitplan und die folgenden Bereiche umfasst:

- Verbesserte Personalausstattung in der bayerischen Steuerverwaltung insbesondere in den Bereichen Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuersonderprüfung.
- Ausreichende Ausbildung und Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs für die bayerische Steuerverwaltung.
- Verkürzung des Prüfungsturnus bei kleinen, mittleren und großen Unternehmen.
- Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Effektivierung der Strafverfolgung.
- Initiativen auf Bundesebene zur Vereinheitlichung und Verbesserung des Steuervollzugs in Deutschland.
- Nutzung aller legalen Möglichkeiten des Erwerbs von Steuerdaten zur Verbesserung des Steuervollzugs.
- Initiativen auf Bundesebene und europäischer Ebene zur Austrocknung von Steueroasen ohne Privilegien für Steuerhinterzieher wie Straffreiheit, Anonymität oder reduzierte Steuersätze.
- Ablehnung des Steuerabkommen mit der Schweiz, mit dem kriminelle Steuerhinterziehung belohnt werden soll.

Das Maßnahmenpaket soll auf einer Sachstandsanalyse erfolgen, die zusammen mit dem Maßnahmenpaket ebenfalls in schriftlicher Form dem Landtag vorgelegt wird.

Begründung:

Angesichts der Tatsache, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer monatlich ihre Lohnsteuer direkt abgezogen bekommen, ist es u.E. nicht akzeptabel, dass sich die Staatsregierung weigert, etwa durch den Ankauf von Steuerdaten den Steuerbetrug und die Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen, um damit sowohl die Steuereinnahmen zu verbessern, als auch mehr Steuergerechtigkeit herzustellen. Inakzeptabel ist auch die Position der Staatsregierung zum geplanten Steuerabkommen mit der Schweiz, in dem kriminelle Steuerhinterziehung weiterhin straffrei und anonym bleiben soll und Schwarzgeld nur mit reduzierten Sätzen besteuert werden soll.

In seinem aktuellen Jahresbericht spricht der Bayerische Oberste Rechnungshof erstmals davon, dass die Personalsituation in der bayerischen Steuerverwaltung prekär ist. So ist die bayerische Steuerverwaltung bei der Betriebsprüfung, der Steuerfahndung, der Umsatzsteuersonderprüfung und im Innendienst dramatisch unterbesetzt und Bayern im Ländervergleich bei der Personalausstattung Schlusslicht: Personal zu Einwohnerzahl 14. Platz, Personal zu Einkommen-/Körperschaftsteuerfällen 16. Platz, Betriebsprüfer zu Zahl der Betriebe 16. Platz, Umsatzsteuersonderprüfer zu Unternehmen 16. Platz, Personalbedarf zu Ist-Besetzung in der Steuerfahndung 16. Platz. Das führt zu ungerechtem Steuervollzug und Steuerausfällen in Milliardenhöhe. Der ehrliche Arbeitnehmer, dessen Lohnsteuer Monat für Monat korrekt beim Finanzamt landet, ist der Dumme.

Dagegen werden Großbetriebe in Bayern nur alle 5 Jahre, Mittelbetriebe nur alle 16,6 Jahre und Kleinbetriebe nur alle 37,1 Jahre geprüft. Dabei erbringen sogar Prüfungen von Klein- und Kleinstbetrieben Mehrergebnisse von deutlich mehr als 400 Tsd. Euro. Zur Personalausstattung in der bayerischen Finanzverwaltung führt der Bayerische Oberste Rechnungshof im Jahresbericht 2012 aus: Unter Berücksichtigung der Personalbedarfsberechnung ergibt sich für 2011 rechnerisch ein Personalbedarf von 19.844 VZK. Nach dem Haushaltsplan standen 16.457 Stellen zur Verfügung, zum 1. Januar 2011 waren 14.554 Stellen tatsächlich besetzt. Die Differenz zwischen vorhandenen Arbeitskräften zum errechneten Personalbedarf beträgt damit 5.290 VZK, zu den Planstellen 1.903 VZK.

Allein im Finanzamt München sind (Stand Mai 2012) in der Veranlagung, der Betriebsprüfung und der Steuerfahndung von 2.860 Stellen 514 nicht besetzt, obwohl das FA München mit 36 Mrd. Euro 42 Prozent des bayerischen Steueraufkommens erbringt.

Die 200 Stellen für Beamte und 600 Stellen für Anwärter, die im Haushaltsentwurf 2013/2014 geschaffen werden sollen, reichen bei weitem nicht aus, um das vom ORH dokumentierte Defizit bei den Stellen zu beseitigen. Es sind deshalb zusätzliche Stellen erforderlich und diese Stellen müssen auch besetzt werden. Jeder Prüfer bringt wesentlich mehr, als er kostet. Das jährliche rechnerische Mehrergebnis pro Prüfer lautet jeweils für die einzelnen Bereiche: Bei der Betriebsprüfung 1.400.111 Euro, bei der Steuerfahndung 740.152 Euro, bei der Umsatzsteuersonderprüfung 1.197.512 Euro. Bei 1.000 zusätzlichen Steuerfahndern, Betriebsprüfern und Umsatzsteuersonderprüfern fließen nach Abzug des Bundesanteils an den Steuermehreinnahmen und Länderfinanzausgleich rund 300 Mio. Euro zusätzlich in die Kassen von Freistaat und bayerischen Kommunen.

Aussprache schließen und zur Abstimmung schreiten.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/14725 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen frage ich trotzdem ab! – Keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, werde ich den nächsten CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/14726 und den nachgezogenen SPD-Dringlichkeitsantrag 16/14733 nicht mehr aufrufen und diskutieren. Wir könnten über ihn nicht mehr abstimmen.

Ich denke, das ist Konsens, sodass ich Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger,

Streibl, Reichhart und Fraktion (FREIE WÄHLER), betreffend "Weiterbildungsprämie für die Meisterausbildung", Drucksache 16/14723, bekannt geben kann. Mit Ja haben 49 gestimmt, mit Nein haben 90 gestimmt, Stimmenthaltungen: 19. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf Drucksachen 16/14728 mit 16/14730 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen. Außerdem verweise ich die Dringlichkeitsanträge auf der Drucksache 16/14726 und auf der Drucksache 16/14733 ebenfalls in die federführenden Ausschüsse.

Das war es jetzt aber wirklich, und Sie sind in den fröhlichen Abend entlassen.

(Schluss: 19.15 Uhr)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,
Volkmar Halbleib, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 16/14733

**Maßnahmenpaket gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und
Schwarzgeld**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Paul Wengert**
Mitberichterstatter: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 195. Sitzung am 5. Dezember 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 91. Sitzung am 31. Januar 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Susann Biedefeld, Harald Güller, Natascha Kohonen, Franz Maget, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/14733, 16/15553

Maßnahmenpaket gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Schwarzgeld

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Manfred Pointner

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Dr. Markus Söder

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nun rufe ich die Nummer 14 der Anlage zur Tagesordnung auf, die einzeln beraten werden soll:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar

Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

**Maßnahmenpaket gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und Schwarzgeld
(Drs. 16/14733)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Volkmar Halbleib von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stellen heute diesen Antrag mit einer Änderung aufgrund des abgeschlossenen Bundesratsverfahrens zur Abstimmung. Wir werden den letzten Spiegelstrich streichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben heute einen weiteren Punkt, der an den vorherigen Punkt anknüpft, zu beraten. Was mit dem Auftritt des Finanzministers zum Schluss beschrieben worden ist, ist nichts anderes als das eigene Versagen. Dabei bleibt es aber nicht. Herr Finanzminister, mit der Rechnung zur Landesbank und den damit zusammenhängenden Zinsausgaben, mit denen viel im Freistaat Bayern gemacht werden könnte, könnte man eine eigene Rede garnieren.

Mit der Unterbesetzung in der bayerischen Steuerverwaltung übernimmt die CSU eine milliardenschwere Verantwortung. Der Freistaat Bayern ist das dramatische Schlusslicht im Hinblick auf die Personalausstattung zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Das ist der Bereich Betriebsprüfung und Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Wir müssen endlich weiterkommen. Wir müssen die Altlasten der CSU, die viele Fehlentscheidungen getroffen hat, beiseiteräumen. Ich habe mich über die Ablehnung der Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss sehr gewundert. Die Maßnahmen, die im Antrag aufgeführt sind, sind notwendig, um Steuergerechtigkeit herzustellen und Mehreinnahmen für den Freistaat Bayern einzuholen.

Ich glaube, liebe Kolleginnen von der CSU und der FDP, Sie sind gut beraten, sich den Antrag noch einmal anzuschauen. Diesen kann man in den einzelnen Punkten unterstützen – insbesondere bei Streichung des letzten Spiegelstriches.

Ich möchte an dieser Stelle deutlich sagen, was nicht geht. Anstelle einer substanziellen Beseitigung der Missstände werden Showeffekte zur Täuschung der Öffentlichkeit eingesetzt. Das geht nicht. Das weisen wir zurück. Was der Finanzminister heute vor einer Woche in einer Pressekonferenz geäußert hat, war nichts anderes, als bestehenden Einheiten zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung einen neuen Namen zu geben und eine neue Dienstmütze zu verpassen. Die vorhandene Einsatzgruppe ist nur umbenannt worden. Statt die Missstände offen anzugehen, die nachweislich bestehen, werden ein neuer Name und eine neue Dienstmütze vorgestellt. Schlimmer geht es nimmer. Herr Finanzminister, ich kann Ihnen das nicht ersparen: Blöder kann es auch der Söder.

(Widerspruch bei und Zurufe von der CSU - Beifall bei der SPD - Karl Freller
(CSU): Billiger Halbleib!)

So ist es leider.

(Unruhe)

Wie soll man das anders nennen, wenn statt substanzieller Bekämpfung von Steuerhinterziehung in einer Pressekonferenz Mützchen und Dienstkleidung vorgestellt werden? Bestehende Einheiten werden einfach umetikettiert. Das kann man nur als Showpolitik bezeichnen, die für die Aufgabe, die der bayerische Finanzminister hat, völlig unangemessen ist. Auf diese Weise erfüllt der Finanzminister seine Aufgabe nicht. Deshalb muss man auf diesen Missstand mit drastischen Worten hinweisen. So viel muss schon möglich sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch die angekündigte Personalverstärkung ist nach meiner Einschätzung noch nicht sicher. Wir wissen noch nicht, was dieser Showeffekt bezwecken soll. Wir wissen aber – deswegen unser Antrag –, dass bisher im Bereich der Steuerverwaltung massive Defizite bestehen. Auch die neuen Planstellen nutzen wenig. Die Unterbesetzung in der Steuerverwaltung beträgt nach wie vor 2.000 Stellen. Durch die Rückführung von der 42- auf die 40-Stunden-Woche verschlechtert sich die Personalbesetzung in der Finanzverwaltung nach wie vor. Die Betriebsprüfung ist massiv unterausgestattet. Nach wie vor bestehen massive Probleme bei der Betrugsbekämpfung. Das sagt auch der Oberste Rechnungshof in seinen Feststellungen Anfang des Jahres 2013.

Wenn man schon von einem FBI im Bereich Steuerfahndung und Steuerermittlung spricht, muss man auch etwas dazu sagen, wie man die Zusammenarbeit mit dem Bund und mit anderen Ländern verbessern will. Dazu ist hier keine Aussage gekommen. Im Übrigen bekennen wir uns auch in diesem Antrag klar dazu und fordern noch einmal dazu auf, Steuerhinterziehung auch durch den Ankauf von Steuer-CDs zu verfolgen. Bayern hat von der Geradlinigkeit anderer Bundesländer, namentlich Nordrhein-Westfalen, massiv profitiert. 550 Millionen Euro, mehr als eine halbe Milliarde, sind zusätzlich an Staatseinnahmen entstanden. Wir müssen auch alles tun – dazu brauchen wir ein klares Bekenntnis -, um Steueroasen auszutrocknen und Steuerhinterziehung überall zu bekämpfen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern braucht endlich mehr Substanz und weniger Inszenierung in Fragen der Steuergerechtigkeit und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Die letzte Aktion des Finanzministers war eindeutig: viel Show und wenig Substanz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Tosender Beifall!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Nur eine Bemerkung: Auch wenn es sich reimt, sollte man sich in diesem Hause solche Kalauer ersparen.

(Beifall bei der CSU)

Als Nächster hat Kollege Philipp Graf von und zu Lerchenfeld von der CSU das Wort. Bitte schön.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen herzlichen Dank! Herzlichen Dank auch für die Bemerkung, die Sie gerade gemacht haben. Ich glaube, das, was Kollege Halbleib hier aufgeführt hat, entspricht nicht dem Stil des Hohen Hauses.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der Opposition, das ist doch wirklich ein Drama, nicht? Das mit der Landesbank ist ein echtes Drama. Über Jahre hatten Sie vermeintlich ein Thema für den Wahlkampf. Sie haben die Landesbank über Jahre immer wieder schlechtgemacht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt sie doch schlecht gemacht! 10 Milliarden Verlust habt ihr verursacht!)

Was passiert aber jetzt im Wahljahr? – Um Gottes Willen: Die Landesbank fängt an, ihre Schulden beim Freistaat zurückzuzahlen. Das ist doch wunderbar. Für Sie ist das aber ein Drama, weil Sie damit ein wichtiges Wahlkampfthema nicht mehr haben, lieber Kollege Halbleib.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann der Bayerischen Landesbank zu dem Erfolg, den sie gehabt hat, nur gratulieren.

Sie haben einmal einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Der ist dann an den Ausschuss verwiesen worden. Jetzt wird er wieder hochgezogen. Das war zu einem Zeitpunkt, als im Bundesrat die Entscheidung noch nicht gefallen war, das Steuerabkommen mit der Schweiz nicht zu ratifizieren. Aus rein ideologischen Gründen – da gibt es

keinen sachlichen Hintergrund – haben Sie und Ihre Kollegen aus den anderen Ländern im Bundesrat verhindert, dass ein vernünftiges Abkommen mit der Schweiz ratifiziert wurde, das Bayern erheblich geholfen hätte. 10 Milliarden Euro wären im Vorfeld gezahlt worden und auf diese Art und Weise auch dem bayerischen Steuerzahler zugutegekommen. Liebe Freunde, wo stehen wir denn wieder? Es gilt genau das, was ich vorhin gesagt habe. Die Interessen der bayerischen Steuerzahler liegen Ihnen nicht am Herzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wenn ich mir Ihren Antrag ansehe, wird sehr deutlich, wie scheinheilig Sie sind. Sie fordern eine verbesserte Personalausstattung. Das haben wir in diesem Doppelhaushalt berücksichtigt. Das haben wir in den letzten Jahren in den Haushalten berücksichtigt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch nur die Rückführung der 42-Stunden-Woche auf die 40-Stunden-Woche!)

Wir haben die Personalsituation in den bayerischen Finanzämtern verbessert. Wir haben die Ausbildung und die Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs in den bayerischen Finanzämtern deutlich verbessert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der ORH sagt etwas ganz anderes!)

Alle Themen, die Sie ansprechen, sind durch unser Handeln erledigt. Deswegen ist Ihr Antrag wirklich ein reiner Schaufensterantrag.

Sie erinnern sich wahrscheinlich nicht mehr oder nur höchst ungern daran, dass Bundesfinanzminister Eichel seinerzeit eine Amnestie für Steuersünder mit Kapital im Ausland verkündet hat. Damals hat man für dieses Kapital eine Abgeltungsteuer von 15 % gefordert, die dann auch erhoben worden ist. Daran wird doch deutlich, dass die Opposition nicht konsequent handelt, sondern das aktuelle Vorgehen im Bundesrat nur

auf ideologische Gründe zurückzuführen ist und damit Deutschland und Bayern geschadet wird.

Das Steuerabkommen mit der Schweiz hat pauschal die Zahlung eines Betrages von 10 Milliarden Euro für die Abgeltung zurückliegender Steuersünden vorgesehen. Dieser Betrag wäre nach der Aussage unseres Finanzministers im Bund und nach schriftlicher Festlegung in vollem Umfang den Ländern zugutegekommen. Bayern wäre nach dem Königsteiner Schlüssel ein erheblicher Betrag zugeflossen, von dem im Zweifel Bayern wieder etwas in den Länderfinanzausgleich hätte abgeben müssen. Trotzdem hätten alle Länder von diesem Abkommen mit der Schweiz massiv profitiert.

Nach dem Steuerabkommen mit der Schweiz wäre nicht nur auf die Erträge eine Steuer erhoben worden, sondern auch auf das Vermögen wäre eine Steuer von 20 bis 40 % erhoben worden. Liebe Freunde, Herr Eichel hat damals 15 % gefordert – das ist doch ein erheblicher Unterschied -, und zwar nur auf die Kapitalerträge, nicht aber auf das Vermögen an sich. Die abzuführenden Steuern wären deutlich höher gewesen. In Zukunft wären weitere Steuereinnahmen aus der Schweiz nach Deutschland geflossen.

Meine lieben Freunde, eines ist sicher: Mit der Schweiz werden wir so schnell ein Abkommen nicht mehr schließen können. Die Leute, die Angst davor haben, dass sie auf diese Art und Weise in der Schweiz besteuert werden, haben sich wahrscheinlich schon in andere Länder zurückgezogen. Durch Ihr Verhalten haben Sie Deutschland geschadet und Bayern erst recht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Manfred Pointner von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Pointner.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist im Haushaltsausschuss behandelt worden. Wir haben diesen An-

trag seinerzeit abgelehnt, weil wir für das Steuerabkommen mit der Schweiz waren. Inzwischen ist es aufgrund der Entscheidung des Bundsrates sozusagen auf Halde gelegt. Wir bedauern dies auch, weil dadurch dem Staat und natürlich auch Bayern einiges an Geld verloren geht. Natürlich hätte dieses Steuerabkommen, wenn es zustande gekommen wäre, seine Probleme gehabt, Probleme mit der Steuergerechtigkeit usw. Unter pragmatischen Gesichtspunkten wäre es aber doch ein gewisser Vorteil gewesen. Wir müssen mit der Schweiz einmal klarkommen, damit der Zustand, der bisher herrscht, nicht einfach so weitergeht.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Deswegen haben wir gesagt: Das Steuerabkommen soll kommen, um diesen Zustand zu beenden, auch wenn diejenigen, die ein besonderes Gerechtigkeitsgefühl haben, sagen: Dann rutschen uns einige durch. Man kann aber mit einem Nachbarstaat, mit dem wir sonst ein vernünftiges Verhältnis haben, nicht weiter auf diese Art und Weise arbeiten. Ich nenne als Beispiel das Problem mit dem Aufkauf von Steuerdateien. Das, was dort in der Schweiz passiert, ist illegal. Wir dürfen die Daten zwar verwenden – eine Dauerlösung ist dies aber nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Inzwischen habe ich mitbekommen, dass der letzte Spiegelstrich im Dringlichkeitsantrag 16/14733 von der SPD gestrichen worden ist. Den übrigen Spiegelstrichen kann man grundsätzlich zustimmen. Was die Personalausstattung betrifft, sind wir von der Opposition einer Meinung. Wir haben in x Anträgen seit 2009 immer wieder betont, dass die Steuerverwaltung unterbesetzt ist. Das kommt nicht nur von uns, weil wir so schlau sind, sondern das benennt auch der Rechnungshof in all seinen Berichten immer wieder. Wir haben diese Themen erst gestern und vorgestern im Ausschuss besprochen und haben dabei auch ständig den Rechnungshofbericht vor uns gehabt, der hinsichtlich der Steuerprüfung, der Veranlagung usw. eine bessere Personalausstattung fordert. Hier ist eben noch nichts Entscheidendes geschehen. Es sind zwar

Stellen für Anwärter usw. geschaffen worden; im Verhältnis ist dies aber noch zu wenig. Auf jeden Fall muss mehr passieren, damit der Steuervollzug gerecht ist und der Staat wieder die Steuereinnahmen erzielt, die ihm zustehen.

Dahinter steckt, was ich vorhin schon beim Thema Länderfinanzausgleich angesprochen habe. Der Finanzminister und die Vertreter der Regierungsfractionen sagen natürlich: Das ist nicht so interessant, wenn wir einen Teil der Mehreinnahmen wieder abgeben müssen. Aber die Steuergerechtigkeit verlangt, dass die Steuer so eingezogen wird, wie es rechtlich zwingend vorgeschrieben ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei einzelnen der von Ihnen angesprochenen sieben Punkte haben wir einen gewissen Gesprächsbedarf. Wir haben damals gesagt, dass wir den Antrag ohne Steuerabkommen sowieso ablehnen werden. Beim Thema Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften müssten wir noch einige Details klären, etwa die Frage, wie das in Zusammenarbeit mit der Steuerfahndung geschehen sollte. Der Spiegelstrich "Nutzung aller legalen Möglichkeiten des Erwerbs von Steuerdaten ..." ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Das bräuchte man gar nicht in einen Antrag zu schreiben. Allerdings kommt man an Steuerdaten, die nicht öffentlich gemacht werden, nur illegal.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Staat handelt immer legal!)

– Wir wollen nur legale Daten. Dann könnten wir aber keine Steuerdaten aus der Schweiz mehr kaufen. Darüber müssten wir also auch noch sprechen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Staatlicher Datenkauf ist grundsätzlich legal!)

Im Spiegelstrich davor fordern Sie Initiativen auf Bundesebene zur Vereinheitlichung und Verbesserung des Steuervollzugs. Diese Forderung klingt zunächst zwar ganz gut, aber wir sollten das Prinzip "Vollzug bei den Ländern, Gesetzgebung beim Bund" nicht durcheinanderbringen bzw. die Ebenen nicht miteinander verweben. Hier muss eine klare Trennung beibehalten werden: Der Vollzug liegt bei den Ländern, die Ge-

setzung liegt beim Bund. Die Gesetzgebung kann der Bund natürlich ohnehin gestalten. Aber wenn es um Vollzugsbestimmungen geht, dürfen wir die Hoheit der Länder nicht beeinträchtigen. Wir legen auch großen Wert darauf, dass der Bund hier nicht eingreift. – Wir werden uns also bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Wir lehnen ihn nicht mehr ab; das ist schon ein kleiner Fortschritt für Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Volkmar Halbleib (SPD): Meine Argumentation war also doch schon überzeugend! - Karsten Klein (FDP): Jetzt kann ich nicht mehr klatschen!)

– Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Eike Hallitzky vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die Landesbank reden wir ein anderes Mal, Philipp, dann vielleicht auch ein wenig "fachmenschlicher", als Sie es gerade hier versucht haben.

Herr Söder hat sich neulich ein neues T-Shirt mit dem Aufdruck "Steuerfahndung SKS" geleistet. Das ergab ein schönes Bild, und er hat auch bei der Begründung dafür, dass er so ein schönes neues T-Shirt hat, natürlich nicht mit großen Worten gespart: Hintergrund sei die Gründung seiner spektakulären neuen Sonderkommission "Schwerer Steuerbetrug", und damit habe Bayern ihm jetzt ein richtiges Steuer-FBI zu verdanken. Ich will jetzt lieber nicht wissen, ob Herr Söder eigentlich eine Ahnung hat, welche Aufgaben das FBI als bundespolizeiliche Ermittlungsbehörde des US-Justizministeriums hat; sie reichen von der Terrorismusbekämpfung bis zur Spionageabwehr. Unklar ist auch, was das seiner Auffassung nach mit seinen eigenen Aufgaben als Finanzminister zu tun hat. Wahrscheinlich hat er nur einen spannenden James-Bond-Film gesehen und gedacht: Das ist klasse, das will ich auch. Allerdings ist ihm dabei mutmaßlich entgangen, dass das FBI einen Personalbestand von 50.000 Leuten hat. Spätestens da hätte er seine Show um die Steuerfahndung SKS eigentlich selbst als

lächerlich empfinden müssen; denn sein persönliches Steuer-FBI besteht aus gut 50 Leuten. Was noch viel besser ist: Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind alte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und überhaupt nicht neu.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vielmehr wurde die seit 2002 bestehende Abteilung "Geldwäsche und organisierte Kriminalität" einfach in SKS umbenannt. Zu so viel Mut zum Blendwerk gehört schon ein beachtliches Stück Unverfrorenheit, Herr Söder.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Damit sind wir mitten im Thema, nämlich bei der tatsächlichen Situation der Steuerverwaltung in Bayern. Wie sieht es denn hinter der schönen Scheinfassade der neuen T-Shirts aus? Tatsache ist, dass das Finanzministerium Halter eines einsamen Rekords bei den Beanstandungen durch den Bayerischen Obersten Rechnungshof ist, durch Bayerns unabhängigen Regierungs-TÜV. Bei den Anmerkungen des ORH geht es eigentlich immer nur um eines: Bayern hat in allen Bereichen der Steuerverwaltung viel zu wenig Personal. Bayern befindet sich bei praktisch allen Kennzahlen zur Personalausstattung im Deutschlandvergleich auf dem letzten Platz – nicht in der Champions League, ist nicht mal dem Abstieg entronnen wie Nürnberg. Nein, Söders Bayern ist Letzter, Letzter, Letzter, egal wohin man schaut. Und das, meine Lieben, ist kein Kavaliersdelikt, sondern belegt ein massives Versagen an der politischen Spitze des Ministeriums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne nur ein Beispiel: In der Umsatzsteuersonderprüfung müsste es in Bayern laut Bund-Länder-Arbeitsgruppe 446 Vollzeitkräfte geben. Es gibt 237 – also eine Unterbesetzung, die bald 50 % – 50 %! – erreicht. In der gesamten Steuerverwaltung fehlen viele, viele tausend Stellen. Aber diese Realität, Kollege Philipp von und zu Lerchenfeld, geht Sie offensichtlich nichts an, wie ich soeben Ihrem Redebeitrag entneh-

men musste. Sie leben weiter in Ihrem Wolkenkuckucksheim, in der Vorstellung, der bayerischen Finanzverwaltung gehe es gut. Eine dramatische Unterbesetzung und Überalterung, das ist die bayerische Realität. Die Folgen dieser völlig unzureichenden Personalpolitik des Finanzministers muss Bayern sehr teuer mit einem Steuerausfall, der sich Jahr für Jahr auf bis zu einer Milliarde Euro summieren dürfte, bezahlen. Das ist kein Kavaliersdelikt. Wir müssen als Gesellschaft auch die gefährlichen Konsequenzen daraus tragen, müssen ertragen, dass damit die Steuergerechtigkeit auf der Strecke bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Mittelfristig ist das wiederum eine große Gefahr für die Steuerehrlichkeit und die Steuermoral aller bayerischen Bürgerinnen und Bürger. So schafft das CSU-geführte Ministerium den Nährboden für viele, die ihre Gelder am Fiskus vorbei auf ausländische Konten schleusen. Das ist nicht bloße Theorie: Ich weiß nicht, wer von Ihnen heute schon das Glück hatte, in der Zeitung zu lesen, dass Starbucks beispielsweise im Windschatten der unterbesetzten bayerischen Finanzverwaltung jährlich Millionengewinne ins Ausland transferiert.

Ohne Personal, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht nichts. Es geht aber auch nichts ohne politischen Willen – für einen guten und einheitlichen Steuervollzug in Deutschland, für Initiativen zur Steuerharmonisierung in Europa und das Austrocknen von Steueroasen, für die klare Ansage, dass kriminelle Steuerhinterziehung nicht durch ein Abkommen mit der Schweiz auch noch belohnt werden darf. Deshalb braucht Bayern einen Finanzminister, der seine Aufgaben und seine Arbeit ernst nimmt

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

und dem es eben nicht genug ist, wenn er auf Fotoshootings starke Sprüche und neue T-Shirts präsentiert. Wir stimmen dem Antrag der SPD deswegen zu, der genauso gut von den GRÜNEN, vom Bayerischen Obersten Rechnungshof oder von den steuer-

ehrlichen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land hätte geschrieben werden können.

– Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Karsten Klein von der FDP das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Pointner hat schon zu Recht darauf hingewiesen, dass wir den aufgerufenen Dringlichkeitsantrag im Haushaltsausschuss schon behandelt haben. Nach meiner Auffassung ist dem, was da protokollarisch hinterlegt ist, nicht viel hinzuzufügen. Aber dann frischen wir die Diskussion halt auf; sie ist ja schon ein paar Wochen her.

Sachstand ist, dass wir 188 Millionen Euro für Betrieb und Ausstattung der EDV ausgeben, dass wir in der Steuerverwaltung 200 zusätzliche Stellen neu geschaffen haben und dass wir 600 zusätzliche Anwärterstellen geschaffen haben. Im Jahr 2012 haben wir schon 950 zusätzliche Anwärterstellen geschaffen. Damals, im letzten Jahr also, hatten wir schon 1.800 Anwärter ausgebildet. Das heißt im Umkehrschluss: Man kann die Situation unterschiedlich bewerten, entweder so wie Sie oder so wie wir. Fakt ist auf jeden Fall, dass wir uns in diesem Bereich auf einem Kurs befinden, um die Personalausstattung zu verbessern. Leider ist Ihrem Dringlichkeitsantrag nicht zu entnehmen, dass das bei Ihnen schon angekommen ist.

Große Unternehmen werden lückenlos überprüft, 80 % der Unternehmen werden bei der Mehrwertsteuer überprüft. Die Effizienz – hier muss ich dem Kollegen Hallitzky widersprechen – der bayerischen Betriebsprüfer und auch der Umsatzsteuerprüfer liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt. All das spricht nicht für die Auffassung, dass die Lage der bayerischen Steuerverwaltung so katastrophal ist, wie Sie sie zeichnen. Aber es ist nichts Neues, dass Bayern von der Opposition immer etwas schlechter dargestellt wird, als es tatsächlich ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Schlecht genug ist es ohnehin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, auch wenn Sie einen Spiegelstrich aus Ihrem Antrag gestrichen haben, kann ich es Ihnen jetzt nicht ersparen, unsere Auffassung zum Vorgehen Ihrer Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat zum Steuerabkommen mit der Schweiz deutlich festzuhalten: Wenn hier von einem geradlinigen Verhalten Ihrer Kollegen gesprochen wird, ist das wirklich unangemessen.

Wir haben eine Situation, die völkerrechtlich höchst problematisch ist, weil in einem Land sogenannte Steuer-CDs erstellt werden, und das ist dort ein kriminelles Verhalten. Wir benutzen diese Daten, auch wenn das höchst Richterlich genehmigt ist, ohne dass dazu eine Aussage getroffen worden wäre, wie sich das im völkerrechtlichen Rahmen verhält. Hier ist deshalb Handeln geboten. Ich möchte Ihnen eines sagen: Den Kompromiss mit der Schweiz kann man sich vielleicht schöner vorstellen, vielleicht auch besser, aber er hätte die aktuelle Situation verbessert. Sie haben diese Verbesserung der Situation im Bundesrat verhindert,

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

und zwar ausschließlich aus wahltaktischen und parteipolitischen Gründen. Aus keinem anderen Grund!

(Beifall bei der FDP)

Es fehlen dem Freistaat Bayern damit 200 Millionen Euro in diesem Jahr. Den bayerischen Kommunen fehlen 30 Millionen Euro und der gesamten Bundesrepublik 10 Milliarden Euro. Das verschulden Sie. Das haben Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bundesrat zu verantworten. Das ist ein unverantwortliches Verhalten.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich kurz auf Ihre Forderungen für die bayerische Steuerverwaltung zurückkommen. Ich bin zu der Auffassung gekommen, dass Sie dieses enorme Antrags-

werk nur deshalb geschaffen haben, weil Sie für eine etwaige Regierungsübernahme in Berlin - die aber nicht eintreten wird - enorme Steuerausweitungen planen. Die FDP fordert ein Moratorium. Die CDU konnte sich immerhin zu dem Satz durchringen, dass sie weitere Steuererhöhungen für nicht notwendig hält. Sie von der SPD fordern aber die Abschaffung des Ehegattensplittings, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Gewerbesteuerpflicht auch für Freiberufler, eine Erhöhung der Unternehmensteuer und der Mehrwertsteuer, die Streichung der reduzierten Sätze, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Abgeltungsteuer. Damit sind Sie allerdings noch ein Waisenkind gegenüber den Forderungen der GRÜNEN. Die GRÜNEN fordern: Vermögensabgabe, Spitzensteuersatzerhöhung, Abschaffung des Ehegattensplittings, Vermögensteuer, die Einführung einer EU-Steuer, die Einführung einer Steuer für den Ressourcenverbrauch, eine Tütensteuer – das ist auch ganz wichtig –, Entfernungspauschale, Mehrwertsteuer, Unternehmensteuer, Ökosteuern, Kerosinsteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer, Dieselsteuer, Heizölsteuer und so weiter und so fort. Das lässt sich ewig fortsetzen. Das ist Ihr Verständnis, und dafür brauchen Sie auch eine deutlich aufgeblähte Steuerverwaltung, die die ganzen Steuern, die Sie einführen wollen, dann auch bearbeitet.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir lehnen das ab, wir sind der Meinung, bei der Steuerverwaltung sind wir in Bayern auf einem guten Weg. Wir brauchen auch keine zusätzlichen Steuerquellen in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, bleiben Sie bitte am Redepult, Herr Kollege Halbleib hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich die Möglichkeit nutzen, Ihre Rüge, Herr Präsident, anzunehmen und mich

auch beim Herrn Finanzminister zu entschuldigen. Das ist mir einfach herausgerutscht. Das ändert aber nichts an der harten Kritik, die ich geäußert habe. Den namensbezogenen Satz bedauere ich aber.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bedanke mich auch im Namen des Hauses.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Klein, ich will auf zwei Dinge hinweisen. Zum einen müssten Sie der Ehrlichkeit halber schon sagen, dass auch der Oberste Rechnungshof in den aktuellen Bewertungen vom Januar dieses Jahres massiv die Unterbesetzung kritisiert. Die neuen Stellen sind diese stellenplanmäßig im Haushalt enthalten. Das Problem ist doch, dass selbst der gültige Stellenplan mit 2.000 nicht ausgefüllten Stellen versehen ist. Außerdem müssten Sie sehen, dass wir die 42-Stunden-Woche auf die 40-Stunden-Woche zurückführen. Im Augenblick haben wir also nach wie vor eine massive Verschlechterung an den Finanzämtern und bei der Steuerverwaltung. Das will ich an dieser Stelle doch einmal festhalten. Auch der Oberste Rechnungshof hat gerügt, dass die betriebsnahe Veranlagung Anfang 2013 noch schlechter ist, als sie es Anfang 2010 war. Auch zur Betrugsbekämpfung gibt es vom Obersten Rechnungshof Anregungen. Sie kennen sie, und wir werden sie nächste Woche im Haushaltsausschuss beraten. Das bestätigt unsere Auffassung, dass hier viel zu wenig getan wird. So viel zum ersten Punkt.

Zweitens. Wenn Sie auf das Steuerabkommen abstellen - in diesem Zusammenhang wurde auch Hans Eichel genannt -, dann liegt der entscheidende Unterschied doch darin, dass die Decke der Anonymität über die Steuerhinterzieher gelegt wird. Darüber muss man sich im Klaren sein. Ich kann nicht verstehen, Herr Kollege Klein, dass Sie als Finanzpolitiker 550 Millionen Euro Mehreinnahmen akzeptieren, die darauf zurückzuführen sind, dass Steuerdaten-CDs aufgekauft worden sind. Die dadurch verursachten Selbstanzeigen haben zu diesen Mehreinnahmen geführt. Ich meine, der normale, der ehrliche Steuerzahler versteht sehr wohl, dass hier mit allen legalen Mitteln gegen Steuerhinterziehung vorgegangen wird.

(Thomas Hacker (FDP): Von Kriminellen erworbene CDs sind nicht legal! Da haben wir ein anderes Rechtsstaatsverständnis!)

Der zentrale Kritikpunkt an dem Abkommen mit der Schweiz ist doch der, dass Europa ganz andere Orientierungen im Hinblick auf den Austausch von Steuerdaten hat. Auch die USA, nicht das Nachbarland Deutschland, haben ganz andere Regelungen in ihrem Steuerabkommen durchgesetzt, als das die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der Schweiz vorgelegt hat. Das sind unsere Kritikpunkte. Die Anonymität der Steuerhinterziehung wird ganz anders geschützt als bei einer Amnestie. Die Regelungen, die Europa mit der Schweiz will, sind von der Bundesrepublik Deutschland unterlaufen worden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Klein, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, zu dem letzten Punkt darf ich noch einmal ausführen, dass es unser gemeinsames Ziel ist, die Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Das ist eine kriminelle Handlung. Dahinter stehen, so denke ich, alle Parteien, in jedem Fall aber die FDP. Steuerhinterziehung ist zu verfolgen.

Zu dem Abkommen mit der Schweiz möchte ich Folgendes sagen: Man kann sich jedes Abkommen noch schöner vorstellen. Ich stelle jedenfalls fest, dass wir ein Verhandlungsergebnis hatten, das hätte umgesetzt werden können und das mit Sicherheit eine Verbesserung gegenüber der jetzigen Situation gewesen wäre. Ihre Kolleginnen und Kollegen haben diese Verbesserung der Situation aber verhindert. Sie werden in den nächsten Jahren ein solches Steuerabkommen nicht aushandeln können. Ich bin sehr gespannt, wie Ihre konstruktiven Beiträge sein werden, nicht Ihre persönlichen Beiträge, sondern die von Ihren Parteifreundinnen und -freunden. Ich jedenfalls sehe nichts, was auf dem Weg wäre.

Zur Situation der Steuerverwaltung habe ich vorhin bereits ausgeführt, dass wir im Haushalt eine Verstärkung vorgenommen haben; so viel zu der von Ihnen skizzierten Situation. Wir haben aus diesem Grund auch die Anwärterstellen angehoben. Ich bin

nach wie vor der Meinung: Wir sind auf einem guten Weg. Vielleicht kann das Sie oder den Obersten Rechnungshof noch nicht befriedigen, aber ich bin der Meinung, dass die Situation keinesfalls so negativ ist, wie Sie das darstellen. Ich bin deshalb nach wie vor davon überzeugt, dass der Aufschlag, den Sie hier machen, eigentlich einer anderen Sache dient, nämlich dem Ziel, die Steuer zu verwalten, die Sie einnehmen möchten, die wir hingegen nicht einnehmen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Letzter hat nun Herr Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Halbleib, ich nehme Ihre Entschuldigung an. Ich weiß, dass im Parlament im Eifer des Gefechts das eine oder andere passiert. Wir sollten aber im nächsten halben Jahr darauf schauen, dass wir als Parlament den Eindruck erwecken, dass wir zwar hart debattieren, die Person aber respektieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das gilt für beide Seiten!)

Es gilt auch, lieber Herr Hallitzky, dass wir nicht immer den Eindruck erwecken, wir seien nur beleidigt, wenn etwas einmal nicht so funktioniert, wie wir uns das vorstellen. Hier geht es nämlich nicht um Söders Bayern oder ein rot-grünes Bayern. Hier geht es um unser Bayern, meine Damen und Herren, es geht um unsere Beamten, und die leisten in unserem Land hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vor einigen Wochen habe ich eine Pressekonferenz von Peer Steinbrück, dem Kanzlerkandidaten der SPD, erlebt, die unmittelbar mit dem zu tun hat, was wir hier diskutieren. Herr Steinbrück hat zum Thema Steuer vorgeschlagen, eine Bundesverwaltung daraus zu machen. Die Lösung, die die SPD vorschlägt, würde also nicht bedeuten, die Steuerverwaltung in Bayern mit mehr Stellen zu verbessern, sondern bei einem

vermeintlichem Regierungswechsel im Herbst soll die Steuerverwaltung nicht mehr bayerisch sein, sondern deutsch werden. Das hätte zwei Nachteile. Erstens, meine Damen und Herren, würde eine Art Mammutbehörde entstehen. Das wäre, gerade was die Bezahlung unserer bayerischen Beamten betrifft, ungut; denn wir zahlen im Schnitt besser und sind ein besserer Dienstherr als der Bund. Noch schlimmer aber wäre: Glauben Sie im Ernst, alle Dienststellen, die wir heute im ländlichen Raum haben, könnten erhalten werden, wenn wir eine Bundessteuerverwaltung hätten? Wir wollen, dass die Steuerverwaltung bayerisch bleibt, meine Damen und Herren! Sie soll nicht auf den Bund übertragen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Hallitzky, Sie sprechen von Tabellen. Die Statistik ist aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur eine Frage der Ausstattung. Lassen Sie uns die Tabelle einmal vom Ergebnis her ansehen. Es zeigt sich: Die bayerische Steuerverwaltung weist überragende Ergebnisse auf, und dabei ist ihre Leistung sogar doppelt so hoch zu bewerten, weil sie gleichzeitig für eine verbesserte Ausstattung kämpft. Das betrifft auch Betriebsprüfungen. Im Jahr 2011 lag Bayern beim Ergebnis pro Prüfer rund 20 % über dem Bundesdurchschnitt. Oder nehmen wir die Umsatzsteuersonderprüfung: Dort war das bayerische Mehrergebnis pro Prüfer mit 2,1 Millionen Euro sogar doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Drittes Beispiel: die bayerische Steuerfahndung. Auch die bayerische Steuerfahndung, die Sie angesprochen haben, ist besonders effizient. Beim Mehrergebnis pro Prüfer liegt sie 25 % über dem Bundesdurchschnitt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie also die Ergebnisse ansehen, werden Sie feststellen: Wir haben eine hocheffiziente und erfolgreiche Steuerverwaltung. An dieser Stelle dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen ist die Argumentation, dass mehr Prüfer automatisch zu einer grundlegenden Verbesserung des Ergebnisses führten, nicht glaubhaft; denn 80 % der Mehrsteu-

ern stammen aus der Prüfung der großen Fälle, die ohnehin in Form von Anschlussprüfungen lückenlos geprüft werden. Wir wollen nicht für jeden Bürger einen eigenen Steuerfahnder oder Steuerprüfer. Nicht jeder Kleinstbetrieb muss dreimal im Jahr geprüft werden. Hier gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Entbürokratisierung. Nicht jeder Kleinbetrieb oder Mittelständler muss wie ein großer Konzern geprüft werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben aber die Kritik, die vom Rechnungshof und anderen gekommen ist, ernst genommen, mehr Stellen geschaffen und in die IT investiert. Insgesamt finden Sie hierzu im Doppelhaushalt 800 Stellen, 200 neue Stellen und 600 Anwärterstellen. Wir haben also deutlich aufgestockt. Dass dies ein positiver Weg ist, haben der Bayerische Beamtenbund, die Bayerische Finanzgewerkschaft und der ORH angedeutet. Wir haben derzeit fast 2.000 Anwärterinnen und Anwärter in der Ausbildung. Diese Zahl ist so hoch wie seit Beginn der Siebzigerjahre nicht mehr. Die positiven Effekte dieser Ausbildung wirken sich schon aus. Wir erleben, dass im Jahr 2012 wesentlich mehr Arbeitskräfte mit ihrer Ausbildung fertig wurden, als Abgänge zu verzeichnen sind. Wir haben an dieser Stelle eine Trendumkehr geschafft. Wir haben in mehr Personal investiert. Dies ist ein gutes Signal für die bayerische Steuerverwaltung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zusätzlich investieren wir auch in die IT. Wir investieren aber auch in die Struktur. Wir haben Überlegungen angestellt, wie wir bei neuen Fällen des Steuerbetrugs neue Akzente setzen können. Da hat es übrigens keine T-Shirts gegeben, was hier angesprochen wurde. Vielmehr sind zwei neue Einheiten geschaffen worden, nämlich die Sonderkommission Schwerer Steuerbetrug und die Sondereinheit Zentrale Steueraufsicht. Sie setzen in der Tat auf vorhandenen Strukturen auf, wurden aber um 16 Personen aufgestockt.

Wir haben also mehr Personal mit anderen IT-Möglichkeiten und Vernetzungen sowie eine Erweiterung des Spektrums; denn es kommt darauf an, dass wir die richtigen Methoden anwenden, um auf die Steuertricks zu reagieren, insbesondere auf die Entwicklung der Technik, den internetbasierten Handel, neue Formen der sogenannten grauen Kapitalmärkte sowie die Steuersparmodelle, national wie international. Beim E-Commerce und der Ermittlung bei Kapitalmarktvergehen und bei Verflechtungen zu Steueroasen bzw. Offshore-Plätzen werden diese beiden Einheiten tätig. Wir haben somit mit mehr Personal und mit der Zuspitzung auf diese beiden Einheiten die Grundlage dafür gelegt, dass wir gut aufgestellt sind. Bayern ist gut gerüstet.

Ein letzter Aspekt zum Thema Schweiz: Hätten wir dieses Steuerabkommen beschlossen, hätten wir in diesem Jahr im Haushalt über 200 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Wir spüren doch, dass die Methode über Steuer-CDs nicht mehr funktioniert. Wir haben nicht ohne guten Grund einen Bettelbrief meines nordrhein-westfälischen Amtskollegen Walter Borjans bekommen, dass Aktionen zum Ankauf neuer Steuer-CDs vom Freistaat mitfinanziert werden sollten. Ich sage Ihnen eines: Dieses Steuerabkommen hätte für unsere Beamtinnen und Beamten Rechtssicherheit geboten. Sie sollen nicht losgeschickt werden, um sich an der Grenze mit irgendwelchen Methoden einzuschleichen, die im modernen Europa völlig absurd sind. Statt Rechtssicherheit und der ordentlichen Einnahme dieses Geldes nehmen wir jetzt kein Geld ein, haben keine Rechtssicherheit, und Herr Walter Borjans bittet uns, finanzielle Mittel zu geben. Das tun wir nicht. Dies sage ich an dieser Stelle ganz klar und deutlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das widerspricht allem, was diskutiert wurde!)

Eines müssen wir ändern: Wir sollten gemeinsam hirnieren, wie wir die internationalen Verflechtungen und die Schlupflöcher schließen können, statt darüber nachzudenken, welche Steuern wir in Deutschland erhöhen könnten. Die bayerische Steuerverwaltung kann nämlich nichts dafür, wenn Firmen irgendwo in der Welt Steuervorteile nutzen. Unsere Aufgabe muss es sein, international tätig zu werden. Wer in Deutschland

Steuern massiv erhöhen will, sorgt geradezu dafür, dass internationale Schlupflöcher genutzt werden. Dagegen müssen wir vorgehen. Das wollen wir auch tun.

Ich denke, Ihr Antrag sollte keine Unterstützung finden. Warum? Weil wir eine gute Steuerverwaltung haben, weil wir sie weiter verbessern, weil wir stolz auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind und wir als Haushaltsgesetzgeber alles dafür tun wollen, dass die bayerische Steuerverwaltung auch in Zukunft erfolgreich ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Redepult. Herr Kollege Hallitzky hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. Wenn man zu wenig Leute hat, ist das Ergebnis pro Prüfer naturgemäß höher, als wenn man ausreichend Leute hat. Das ist trivial. Das ist kein Beleg Ihrer besonderen Klasse, sondern ein Beleg dafür, dass Sie zu wenig Personal haben. Nicht nur die Opposition, auch der ORH sagt, dass mehr Personal ein Vielfaches der Kosten für dieses Personal einspielen würde. Ich habe den Eindruck, Sie ignorieren die Einwände aller Fachleute, von der Opposition bis zum ORH, und glauben, dass sich nur Herr Dr. Söder auskennen würde.

Diese Nichtbesetzung der Stellen ist auch der Grund dafür, warum auf Bundesebene quer durch alle Fraktionen die Debatte um eine Bundessteuerverwaltung läuft. Sie haben das sehr schräg dargestellt. Kein Landespolitiker will das. Aber diese Debatte ist doch eine Reaktion darauf, dass die Länder ihrer Verantwortung für ausreichende Steuererhebungen nicht gerecht werden. Das ist wiederum ein Ergebnis der fehlenden Kongruenz zwischen denen, die für die Steuerverwaltung zahlen, und denen, die von den Einnahmen profitieren. Ich habe das bereits in der Aktuellen Stunde skizziert.

Eine letzte Bemerkung zu einem anderen Thema: Sie haben gesagt, Sie seien zu einem Fan für die Harmonisierung bzw. Angleichung der Steuern in Europa geworden.

Das überrascht mich, weil Sie innerhalb Deutschlands der Einzige sind, der die Vorstellung eines Steuerwettbewerbs in Deutschland aufs Tapet gebracht hat. Das wäre genau das Gegenteil einer Harmonisierung. Wenn Sie aber Saulus-Paulus-Wandlungen haben, wäre ich sehr dankbar, wenn Sie sich auf europäischer Ebene über Bundesratsinitiativen dafür einsetzen. Ich warte auf die erste Bundesratsinitiative zu diesem Thema von Herrn Dr. Söder.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege Hallitzky. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich habe keinen richtigen Widerspruch erkannt. Deshalb nur ganz kurz: Wir tun etwas. Wir schaffen Verbesserungen. Meine Damen und Herren, ich würde es einsehen, wenn Sie zu Recht sagen würden, dass das Ergebnis der bayerischen Steuerverwaltung schlecht sei. Ich würde einsehen, wenn Sie sagten: Das ist eine Katastrophe, uns geht Geld verloren. Offenkundig ist das aber nicht der Fall. Wir sind sogar so erfolgreich, dass der Länderfinanzausgleich immer teurer wird. Einen besseren Beleg für unseren Erfolg als die leider gestiegenen Zahlungen beim Länderfinanzausgleich gibt es nicht. Trotzdem tun wir etwas und nehmen die Kritik an, aber nicht in der überzogenen Form, als ob wir nur noch zusätzliche Leute einstellen müssten.

Im Übrigen habe ich vorhin gesagt: 160.000 Steuerfahnder könnten mit den Mitteln des Länderfinanzausgleichs eingestellt werden. Wenn Sie das tun wollen, warte ich auf Ihren Antrag.

Ich bin für einen Steuerwettbewerb, aber gegen Steuertricks. Ein fairer Steuerwettbewerb ist in Ordnung. Aber durch irgendwelches Hin und Her Schlupflöcher zu schaffen und das unserer Steuerverwaltung vorzuwerfen, wäre ein unfairer Weg, den wir nicht gehen wollen. Steuerwettbewerb ja, Steuertricks nein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Jetzt hat sich noch Herr Kollege Halbleib gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister, zunächst einmal ein Dankeschön dafür, dass Sie meine Entschuldigung angenommen haben.

Zu den Inhalten: Ich halte es für ein widersprüchliches Verhalten und weiß nicht, ob dieses Verhalten im Einklang mit der christlichen Soziallehre steht, wenn der Finanzminister sagt, die 550 Millionen Euro, die durch den Ankauf von Steuerdaten-CDs auch in die Kassen des Freistaats Bayern gekommen sind, nehme ich an, aber die Methode selbst kritisiere ich. Das halte ich für problematisch. Das passt nicht zusammen.

Zum Schweizer Abkommen: Wir wollen nichts anderes als die Regelung, die die gesamte EU will und die die USA bekommen haben. Diese Regelung wollen wir auch zwischen Deutschland und der Schweiz durchsetzen. Ich halte es für zentral, dass wir uns europäisch orientieren. Ihre Worte zur europäischen Harmonisierung widersprechen dem völlig. Hier brauchen wir mehr Europa. Das macht an dieser Stelle auch Sinn.

Ich bedanke mich für die Feststellung, dass der ganze Aufwand bei Ihrer Pressekonferenz mit den Mützen und Jacken dazu gedient hat, 16 weitere Stellen für einen Bereich zu verkünden, der chronisch unterbesetzt ist. Der Aufgabenkatalog, den Sie genannt haben, ist wesentlich umfangreicher, als dass er mit diesen 16 Stellen bewältigt werden könnte. Sie haben sich getraut, wegen 16 Stellen von einem Steuer-FBI in Bayern zu sprechen. Ich glaube, das richtet sich selbst.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass die im Haushalt zusätzlich geschaffenen Stellen vor allem dazu dienen, die Rückführung der 42-Stunden-Woche auf die 40-Stunden-Woche umzusetzen, ohne dass dadurch ein Mehr an Arbeitskapazität entsteht. Auch der Oberste Rechnungshof führt in aktuellen Stellungnahmen in Bezug auf Ihre Stel-

lungnahmen zu den Altfällen genau das Gegenteil aus. Auf jeden Fall muss man festhalten: In der Steuerverwaltung des Freistaats Bayern ist vieles nicht im Lot. Wenn Sie uns kritisieren, kritisieren Sie immer auch den Obersten Rechnungshof.

Man muss auch bei mathematischer oder arithmetischer Betrachtung feststellen: Wenn Sie die Zahl der Steuerprüfer weiter senken, haben Sie im Durchschnitt noch bessere Ergebnisse. Von daher kann man nur raten, die Zahl der Steuerprüfer zu reduzieren, damit das Ergebnis pro Einzelprüfer höher ist. Diese Arithmetik, diese Vernunft ist uns fremd, und ich glaube auch, dass sie falsch ist.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Sie bfofern ewig herum, wir hätten zu wenig Personal und täten nichts gegen Steuerbetrug.

(Isabell Zacharias (SPD): Hochdeutsch, bitte!)

- Der Halbleib hat es verstanden: Mosern, motzen. Bfofern passt aber zu ihm an dieser Stelle besser.

Die ganze Zeit wird geschimpft, wir würden zu wenig machen. Dann machen wir etwas, wir verändern etwas, und dann passt es auch wieder nicht. Man kann es Ihnen nicht recht machen. Ich habe mir gedacht, Sie würden mich loben und sagen, dass es eine gute Idee sei. Ich habe den Eindruck, Sie sind nur sauer, weil das in der Zeitung steht. Das ist aber Ihr Problem und nicht das Problem der bayerischen Steuerverwaltung, Herr Halbleib.

In Bezug auf die Schweiz: Man muss dabei einmal die Entwicklung betrachten. Als das erste Mal solche Steuer-CDs aufgekommen sind, haben viele Juristen erklärt, dass es sich um einen schwierigen Weg handelt und dieser bestenfalls ein Provisorium sein könne. Jeder hat darauf hingewiesen. Im Rahmen dieses Provisoriums sind

anfangs gute Ergebnisse erzielt worden, aber nicht auf der Grundlage der CDs – diese haben eine kleine Summe gebracht -, sondern aufgrund der Selbstanzeigen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war die unmittelbare Folge!)

- Ja, genau.

Das war das Ziel, und viele haben etwas gemacht. Insofern war es tatsächlich ein Erfolg. Nur ist das keine Dauerlösung, abgesehen davon, dass die Selbstanzeigen radikal zurückgegangen sind. Warum? Weil diejenigen, um die es geht, die Selbstanzeigen, aus welchen Gründen auch immer, nun einmal gemacht haben, und daher ist es auch nicht zu erwarten, dass die Zahl der Selbstanzeigen wieder nach oben geht. Deshalb ist es aus Effektivitätsgründen besser, ein Abkommen zu treffen. In der finanziellen Erwägung ist es auch aus Legalitätsgründen der sinnvollere Weg. Auch in Bezug auf den Schutz unserer bayerischen Steuerbeamten ist dies der bessere Weg, damit sich diese nicht in irgendeiner Grauzone bewegen müssen. Da die Schweiz noch nicht Mitglied der EU ist – sagen Sie mir, wenn das anders ist -, kann ich keinen einheitlichen EU-Maßstab verwenden. Das, was jetzt verhandelt und nachverhandelt wurde, war ein gutes Ergebnis. Man kann nicht Steuerausfälle in Deutschland beklagen und dann, wenn man Steuern einnehmen kann, dies verweigern. Das geht nicht, und darum müssen Sie sich die Kritik an dieser Stelle schlicht und einfach gefallen lassen.

Sie haben im Dezember nicht nur das Abkommen mit der Schweiz blockiert, sondern auch den Abbau der kalten Progression blockiert. Wenn wir beides zusammennehmen – sichere Geldeinnahme in Bezug auf diejenigen, die bei der Steuer mit Hilfe der Schweiz tricksen, und auf der anderen Seite Steuerentlastung für diejenigen, die in Deutschland hart arbeiten -, dann wird Ihr steuerpolitischer Kurs klar, und der hat mit Vernunft nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Zur Abstimmung steht der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/14733. Davon ist der letzte Spiegelstrich von der antragstellenden Partei – der Fraktion der SPD – zurückgezogen worden, weil er gegenstandslos geworden ist. Wir stimmen dann über den Dringlichkeitsantrag ohne den letzten Spiegelstrich ab. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auf Drucksache 16/15553 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen der Beschlussempfehlung dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt gegen den Antrag? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Damit ist auch der Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Wir haben jetzt die Mittagspause. Ich schlage allerdings vor, dass wir diese nicht, wie vorgesehen, auf eine Stunde ausdehnen, sondern um 13.00 Uhr mit der Beratung fortfahren.

(Alexander König (CSU): Ich widerspreche! Die CSU-Fraktion widerspricht!)

Ich war der Meinung, dass es im Interesse der fränkischen Kollegen wäre, wenn wir früher mit der Mittagspause enden und um 13.00 Uhr beginnen. Die CSU-Fraktion widerspricht. Was schlägt sie vor?

(Alexander König (CSU): Wie ausgedruckt, eine Stunde!)

Ausgedruckt ist das Fortfahren mit der Beratung um 13.00 Uhr.

(Tobias Thalhammer (FDP): Nehmen wir 13.15 Uhr als Kompromiss!)

- Sind wir alle mit 13.15 Uhr einverstanden? – Gut, dann ist alles klar. Ich entlasse Sie in die Mittagspause.

(Unterbrechung von 12.26 bis 13.16 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir nehmen nach der Mittagspause unsere Beratungen wieder auf.